



Rathaus Umschau

Mittwoch, 30. Januar 2019

Ausgabe 021

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder per WhatsApp
unter [muenchen.de/ru-abo](https://www.muenchen.de/ru-abo)*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Meldungen	3
› Jahresmittelwerte der NO ₂ -Messstationen zeigen rückläufige Tendenz	3
› Eintragungszeitraum zum Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ startet	5
› Ausstellung „Mehr Freiraum braucht die Stadt!“	6
› Wohnquartier Lerchenauer Straße: Einladung zum öffentlichen Dialog	7
› Strom sparen mit Komfort: Infoabend im Bauzentrum München	8
› Informationsabende an den Münchner Realschulen	8
› Lesestart-Aktionsprogramm für Dreijährige mit Clownin Glucks	10
› Stadtmuseum: Führung durch die Ausstellung „LAND__SCOPE“	10
Antworten auf Stadtratsanfragen	12
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Donnerstag, 31. Januar, 13.15 Uhr, Kommunalreferat, Roßmarkt 3, Raum 211 (2. Stock)

Kommunalreferentin Kristina Frank lädt zu einer Pressekonferenz ein, um eine Halbjahresbilanz des Kommunalreferats seit ihrem Amtsantritt am 1. August 2018 zu ziehen und einen Ausblick auf neue Themen zu geben.

Wiederholung

Donnerstag, 31. Januar, 19 Uhr, Ratstrinkstube im Rathaus

Bürgermeister Manuel Pretzl begrüßt den Bundesverband mittelständische Wirtschaft, Unternehmerverband Deutschland zu dessen Neujahrsempfang und spricht ein Grußwort.

Sonntag, 3. Februar, 12 Uhr, Alter Wirt Moosach, Dachauer Straße 274

Stadtrat Alexander Reissl (SPD-Fraktion) gratuliert dem Münchner Bürger Rudolf Böck im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Montag, 4. Februar, 9.45 Uhr, Alte Kongresshalle, Theresienhöhe 15

Oberbürgermeister Dieter Reiter eröffnet als Schirmherr den 1. Münchner Nachhaltigkeitskongress der Münchner Initiative Nachhaltigkeit (MIN) und spricht ein Grußwort. Der Kongress zeigt das bisherige vielfältige Engagement auf und ist ein wichtiger Meilenstein für die Ausweitung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Menschen, die sich für eine nachhaltige Stadtgesellschaft einsetzen.

Gegen 10.45 findet eine Podiumsdiskussion mit folgenden Referentinnen und Referenten statt: Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk, Umweltreferentin Stephanie Jacobs, Kurt Kapp, Kommissarischer Leiter des Referates Arbeit und Wirtschaft, Professorin Dr. Cordula Kropp von der Universität Stuttgart sowie Professor Dr. Manfred Miosga von der Universität Bayreuth.

Achtung Redaktionen: Akkreditierung per E-Mail an info@m-i-n.net oder telefonisch unter 20 23 81 11. Weitere Infos unter www.m-i-n.net.

Montag, 4. Februar, 18 Uhr, Referat für Stadtplanung und Bauordnung (Hochhaus), Blumenstraße 28b, Foyer

Stadtbaurätin Professorin Dr.(I) Elisabeth Merk eröffnet zusammen mit Professorin Dr. Birgit Kröniger von der Fakultät Landschaftsarchitektur, Umwelt- und Stadtplanung der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen die Ausstellung „Mehr Freiraum braucht die Stadt!“

Freiraumkonzepte für Stadtquartiere im Umbruch.“ Gezeigt werden Bachelor-Abschlussarbeiten mit innovativen Freiraumkonzepten für die beiden Projekte „Bayernkaserne“ und „Gleisband Obersending“.
(Siehe auch unter Meldungen)

Meldungen

Jahresmittelwerte der NO₂-Messstationen zeigen rückläufige Tendenz

(30.1.2019) Die Jahresmittelwerte der 20 von der Landeshauptstadt München beauftragten NO₂-Messstellen zeigen für 2018 eine deutlich rückläufige Entwicklung der NO₂-Belastung in München. An 16 von 20 Standorten wird der gesetzliche Jahresgrenzwert von 40 µg/m³ eingehalten. Erwartungsgemäß liegen die Werte an den Messstellen in Wohngebieten deutlich unter dem Jahresgrenzwert auf dem Niveau der städtischen Hintergrundbelastung in Höhe von rund 20 µg/m³. An den beiden Messstellen an stark verkehrsbelasteten Straßenabschnitten des Mittleren Rings liegen die Werte hingegen bei 58 bzw. 57 µg/m³. Die einzelnen Werte der 20 Messstationen können unter www.muenchen.de/messergebnisse abgerufen werden.

Ergänzende Stickstoffdioxidmessungen

Stand: Januar 2019



Landeshauptstadt
München
Referat für Gesundheit
und Umwelt

Nr.	Straße	Jahresmittelwert laut Berechnung ¹ von 2017 mit Werten von 2015 in µg/m ³	Mittelwert 1. Quartal 2018 in µg/m ³	Mittelwert 2. Quartal 2018 in µg/m ³	Mittelwert 3. Quartal 2018 in µg/m ³	Mittelwert 4. Quartal 2018 in µg/m ³	Jahresmittelwert 2018 in µg/m ³
1	Verdistr. 73	40-50	46	35	36	38	39
2	Planegger Str. 25	>60	43	36	37	36	38
3	Eversbuschstr. 171	40-50	42	33	37	35	36
4	Feldmochinger Str. 25a	40-50	34	23	26	30	28
5	Schleißheimer Str. 273	40-50	39	31	35	36	35
6	Rheinstr. 26	40-50	33	24	27	31	28
7	Tegemseer Landstraße 150	>60	60	57	63	48	57
8	Chiemgastr. 140	50-60	61	58	59	54	58
9	Kreillerstr.111	<40	34	30	31	32	32
10	Bajuwarenstr. 92	40-50	33	26	29	29	29
11	Fürstennieder Str. 283	>60	38	37	36	35	36
12	Liesl-Karlstadt-Str. Zw. 7/9	>60	42	35	37	36	37
13	Hofbrunnstr. 68	Keine Angabe ²	25	15	15	22	19
14	Frauenstr. Zwischen 16/18	>60	51	46	53	47	49
15	Wotanstr. Zwischen 103a /105	40-50	41	37	40	39	39
16	Steinsdorfstr. 15	>60	46	42	47	40	44
17	Lothstr. 62	<40	30	22	25	30	27
18	Situlistr. 21	40-50	41	35	38	36	38
19	Ruth-Schaumann-Str. Zwischen 8 /10	Keine Angabe ²	26	17	20	25	22
20	Boschetsrieder Str. zwischen 83/83a	40-50	32	23	22	30	27
21	Offenbachstr. 48	40-50	34	23	26	33	29

Legende:

Grün = Wert unter 40 µg/m³ (Grenzwert eingehalten)
Orange = Wert zwischen 40 und 50 µg/m³ (Grenzwert leicht überschritten)
Rot = Wert zwischen 50 und 60 µg/m³ (Grenzwert deutlich überschritten)
Lila = Wert über 60 µg/m³ (Grenzwert sehr stark überschritten)

¹ Veröffentlichung der Regierung von Oberbayern vom 18.07.2017.
<http://www.regierung.oberbayern.bayern.de/aufgaben/umwelt/allgemein/luftreinhalte/02716/>

Hinweise:

² Für die Nummern 13 (Hofbrunnstr.) und 19 (Ruth-Schaumann-Str.) liegen keine berechneten Stickstoffdioxidwerte vor, da sich die Standorte in Wohngebieten befinden. Die Modellrechnung des Freistaats Bayern bezog sich nur auf das Hauptverkehrsstraßennetz.
 Der Jahresmittelgrenzwert für Stickstoffdioxid liegt gemäß der 39. Bundesimmissionschutzverordnung bei 40 µg/m³.

Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Dank unserer eigenen Messungen haben wir jetzt endlich belastbare Fakten. Die freiwillige Einrichtung der die fünf LÜB-Stationen des Freistaats ergänzenden Messstationen hat sich bewährt. Die Luft in München ist deutlich besser als vielfach angenommen und vom Freistaat 2017 berechnet wurde. Darüber bin ich sehr froh.“

Umweltreferentin Stephanie Jacobs: „Die positive Tendenz unserer quartalsweise veröffentlichten Zwischenwerte hat sich nun für das gesamte Jahr 2018 bestätigt. Die Münchnerinnen und Münchner können in den Wohngebieten, wo sie sich dauerhaft aufhalten, unbesorgt sein, dort ist die Luft gut. Und auch an vielen Straßenabschnitten kann 2018 der gesetzliche Jahresgrenzwert für NO₂ eingehalten werden. Allerdings sind die Werte an den stark verkehrsreichen Straßenabschnitten – insbesondere am Mittleren Ring – noch zu hoch. Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, unseren im Juli 2018 beschlossenen Masterplan zur Luftreinhaltung konsequent weiter umzusetzen.“

Da die NO₂-Belastung im Wesentlichen aus dem Diesel-Verkehr hervorgeht, ist es Ziel der 127 Maßnahmen des Masterplans zur Luftreinhaltung, die Attraktivität der umweltfreundlichen Verkehrsarten wie U-Bahn, Tram und Bus sowie des Radverkehrs in München deutlich zu steigern. Gleichzeitig wird die Verkehrswende hin zu vor Ort emissionsfreien Elektromobilität intensiv forciert. Die Stadt geht mit gutem Beispiel voran und stellt unter anderem ihre Fahrzeugflotte auf E-Antriebe um und baut die öffentliche Ladeinfrastruktur mit bis zu 1.100 Ladepunkten bis Ende 2019 deutlich aus. Auch wird ab 2020 die erste Buslinie mit E-Fahrzeugen im Regelbetrieb sein.

Die Messergebnisse für 2018 zeigen zudem, dass an vielen Stellen der Wert von 50 µg/m³ in München unterschritten ist. Die Bundesregierung erachtet Fahrverbote für Bereiche unterhalb des Schwellenwerts von 50 µg/m³ für unverhältnismäßig und arbeitet in diesem Sinne an einer Novellierung des Bundesimmissionsschutzgesetzes. Über die Notwendigkeit von Fahrverboten zur Einhaltung der gesetzlichen Luftgrenzwerte entscheidet nicht die Landeshauptstadt selbst, sondern der für die Luftreinhaltung zuständige Freistaat Bayern bzw. die mit der Aufstellung und Fortschreibung des Luftreinhalteplans für das Stadtgebiet München beauftragte Regierung von Oberbayern.

„Ob die insgesamt flächendeckend rückläufige Tendenz der NO₂-Werte auf einzelnen Hauptachsen des Münchner Straßennetzes strecken- oder flächenbezogene Fahrverbote rechtfertigen, wird die für diese Frage zuständige Regierung von Oberbayern gut abwägen müssen“, so Oberbürgermeister Dieter Reiter.

„In Kooperation mit dem DWD haben wir unser NO₂-Messnetz seit Anfang 2019 verdoppelt. Damit bekommen wir noch mehr Transparenz und

Klarheit über die tatsächliche Entwicklung der NO₂-Werte in unserer Stadt. Mit der kontinuierlichen Messung der NO₂-Werte lässt sich beurteilen, wie stark die vielen ergriffenen Maßnahmen unseres Masterplans und des Luftreinhalteplans des Freistaats sowie die Software-Updates und Hardwarenachschrüstungen der Automobilindustrie und die kontinuierliche Flottenerneuerung ihre Wirkung entfalten“, so Umweltreferentin Stephanie Jacobs. Auch an den fünf LÜB-Messstationen des Landesamt für Umwelt (LfU) sind die NO₂-Werte 2018 rückläufig. So fiel nach vorläufigen Angaben des LfU der NO₂-Jahreswert an der Landshuter Allee von 78 µg/m³ in 2017 auf 66 µg/m³ in 2018, am Stachus von 53 auf 48 µg/m³, an der Lothstraße von 32 auf 27 µg/m³ in Allach von 25 auf 24 µg/m³ und in Johanneskirchen von 21 auf 20 µg/m³. Auch der gesetzliche 1-Stundengrenzwert für NO₂ (200 µg/m³) wurde 2018 eingehalten.

Die seit 2012 in München eingehaltenen gesetzlichen Grenzwerte für Feinstaub (PM10) wurden 2018 ebenfalls eingehalten. An der Landshuter Allee lag der Jahresmittelwert bei 25 µg/m³ (gesetzlicher Grenzwert 40 µg/m³); der Tagesmittelwert von 50 µg/m³ wurde bei 35 erlaubten Überschreitungen im Jahr 2018 16 mal überschritten.

Eintragungszeitraum zum Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ startet

(30.1.2019) Von Donnerstag, 31. Januar, bis Mittwoch, 13. Februar, liegen die Eintragungslisten zum Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ aus. In der Landeshauptstadt gibt es an sieben Orten die Möglichkeit, sich einzutragen: in der Stadtinformation am Marienplatz, im Kreisverwaltungsreferat an der Ruppertstraße und in den fünf Bezirksinspektionen. Jede und jeder Stimmberechtigte darf sich jeweils einmal auf einer Liste eintragen, um das Volksbegehren zu unterstützen. Detaillierte Informationen zu den Eintragungsräumen und den Öffnungszeiten für die Eintragung gibt es im Internet auf www.muenchen.de/volksbegehren.

Stimmberechtigt sind alle Münchnerinnen und Münchner, die folgende Voraussetzungen erfüllen: deutsche Staatsbürgerschaft, am 13. Februar mindestens 18 Jahre alt, mit Hauptwohnsitz seit dem 13. November oder länger in Bayern gemeldet und nicht vom Stimmrecht ausgeschlossen. Wichtig: Die Stimmberechtigung ist beim Eintragen mit einem Personalausweis, Reisepass oder einem Führerschein, der nicht älter als zehn Jahre alt sein darf, nachzuweisen.

Stimmberechtigte Münchnerinnen und Münchner, die im zweiwöchigen Eintragungszeitraum keine Möglichkeit haben, sich in München einzutragen, können sich mit einem Eintragungsschein in einer anderen bayerischen Gemeinde ihrer Wahl eintragen. Eintragungsscheine können per Formular beantragt werden. Das Formular gibt es im Internet online auf

www.muenchen.de/volksbegehren und es kann auch schriftlich beim Kreisverwaltungsreferat Wahlamt, Postfach 80466 München, per Fax an 233-4 57 72 oder per E-Mail an briefwahl.kvr@muenchen.de bestellt werden. Der Eintragungsschein wird per Post versandt oder die stimmberechtigte Person kann ihn persönlich beim Wahlamt im Kreisverwaltungsreferat, Ruppertstraße 19, Zimmer 3110, abholen.

Stimmberechtigte, die ihre melderechtliche Hauptwohnung in einer anderen bayerischen Gemeinde haben und dort im Wählerverzeichnis eingetragen sind, müssen in ihrer Heimatgemeinde einen Eintragungsschein beantragen, wenn sie sich in einem Münchner Eintragungsraum für das Volksbegehren eintragen möchten. Stimmberechtigte, die während der gesamten Eintragszeit wegen Krankheit oder körperlicher Beeinträchtigung nicht in der Lage sind, einen Eintragungsraum aufzusuchen, können per Eintragungsschein eine Hilfsperson mit der Eintragung beauftragen. Für Fragen zum Volksbegehren stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wahlamts per E-Mail an wahlamt.kvr@muenchen.de oder unter der Wahlhotline 233-9 62 33 zur Verfügung. Weitere Informationen zum Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ sind unter www.muenchen.de/volksbegehren abrufbar. Dort gibt es ab Freitag, 1. Februar, eine Statistik mit tagesaktuellen Zahlen, wie viele Personen sich in München für das Volksbegehren eingetragen haben.

Ausstellung „Mehr Freiraum braucht die Stadt!“

(30.1.2019) Das Gelände der ehemaligen Bayernkaserne und das Gewerbeband Obersendling sind Quartiere, die sich im Umbruch befinden. Mehrere Studentinnen und Studenten der Fakultät Landschaftsarchitektur der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen haben sich im Rahmen ihrer Bachelor-Abschlussarbeit der Aufgabe gestellt, hierfür Freiraumkonzepte zu erarbeiten. Unter dem Titel „Mehr Freiraum braucht die Stadt! Freiraumkonzepte für Stadtquartiere im Umbruch“ sind ihre innovativen Ideen und Konzepte von Montag, 4. Februar, bis Freitag, 22. Februar, im Erdgeschoss des Referats für Stadtplanung und Bauordnung, Blumenstraße 28b, zu sehen. Offiziell eröffnet wird die Ausstellung am 4. Februar um 18 Uhr durch Stadtbaurätin Professorin Dr.(I) Elisabeth Merk gemeinsam mit Professorin Dr. Birgit Kröniger von der Fakultät Landschaftsarchitektur, Umwelt- und Stadtplanung der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen.

Das Areal der ehemaligen Bayernkaserne und ein östlich angrenzendes Gewerbegebiet an der Heidemannstraße wandeln sich vom ehemaligen Kasernenstandort zum urbanen Wohnquartier mit über 5.500 Wohnungen, Freiflächen und sozialer Infrastruktur. Im Dezember 2018 hat der Stadtrat mit dem Satzungsbeschluss dazu grünes Licht gegeben. Neben den geplanten Freiräumen im Quartier gilt es, bestehende Freiflächen auch im Umfeld zu entwickeln.

Die Rahmenplanung für das Gewerbeband Obersendling sieht Wohnen in einer mit Gewerbe kompatiblen Form vor, um Verdrängungsprozesse zu vermeiden und das Gewerbeband im Grundsatz zu stärken. Eines der vorrangigen Ziele ist es, freiräumliche Qualitäten in diesem Gebiet zu verankern und zu stärken. Das ehemalige Gleisband soll als Grünzug mit Fuß- und Radweg zu einem neuen grünem Rückgrat und Identitätsmerkmal für das Gebiet werden.

In beiden Gebieten gilt es, ganz im Sinne des Konzeptes „Freiraum M 2030“ vorhandene Freiräume zu qualifizieren und neue Freiräume zu gewinnen. Auch ungewöhnliche Orte oder zweckgebundene Flächen wie Straßen, Stellplatzanlagen oder Flächen der Infrastruktur bieten Potenziale für eine Qualifizierung des öffentlichen Raumes. Um diese Potenziale zu heben, zu entwickeln und systematisch auf Quartiersebene zusammenzufügen, werden sogenannte Freiraumquartierskonzepte erarbeitet, so wie sie nun in der Ausstellung zu sehen sind. Entstanden sind innovative Ansätze, die eine große Bandbreite an Maßnahmen aufzeigen, die trotz hoher Dichten mehr Freiraumqualität in die Stadt bringen können.

Die Öffnungszeiten der Ausstellung „Mehr Freiraum braucht die Stadt! Freiraumkonzepte für Stadtquartiere im Umbruch“ im Erdgeschoss des Referats für Stadtplanung und Bauordnung sind Montag bis Freitag, 8 bis 20 Uhr. Der Eintritt ist frei.

(Siehe auch unter Terminhinweise)

Wohnquartier Lerchenauer Straße: Einladung zum öffentlichen Dialog

(30.1.2019) In Feldmoching soll in den nächsten Jahren ein neues Stadtquartier mit Schul- und Sportcampus entstehen. Neben zirka 1.600 Wohnungen sind eine entsprechende soziale Infrastruktur, Läden sowie Grünflächen geplant.

Nun startet der zweistufige städtebauliche und landschaftsplanerische Wettbewerb dazu, der von einer intensiven Bürgerbeteiligung begleitet wird. Alle Bürgerinnen und Bürger sind zu den Veranstaltungen eingeladen, um sich über das Projekt zu informieren und Hinweise und Anregungen mit auf den Weg zu geben.

Der erste öffentliche Dialog findet am Dienstag, 5. Februar, von 19 bis 22 Uhr in der Faganahalle, Georg-Zech-Allee 15, statt.

In der Abendveranstaltung können sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu Themen wie Städtebau und Wohnungsbau, Grün und Freiraum, Verkehr, Schule und Sport sowie zum Leben im Quartier informieren, mit Fachexpertinnen und -experten diskutieren und eigene Ideen im Vorfeld zum Wettbewerb einbringen.

Das Planungsgebiet wird im Westen von der Lerchenauer Straße, im Osten von der Lerchenstraße, im Norden von der Ponkratzstraße und im

Süden von der Sportanlage an der Lerchenauer Straße 270 begrenzt. Ziel der Planungen ist es, ein neues Wohnquartier mit eigenständigem Charakter, abwechslungsreicher Gestaltung sowie vielfältigen und differenzierten Freiräumen mit hoher Aufenthaltsqualität zu schaffen. Dabei soll auf den ortstypischen Charakter von Feldmoching mit verträglich ausgestalteten Übergängen zum Bestand und einer angemessenen Höhenentwicklung geachtet werden. Auf dem Areal sollen insbesondere bezahlbare Wohnungen für unterschiedliche Einkommensgruppen entstehen. Außerdem sollen ein Schul- und Sportcampus mit Gymnasium, Grundschule und zusätzlichen Sportflächen für den Schul- und Breitensport errichtet werden. Auch sollen Kindertagesstätten, eine offene Einrichtung für Kinder und Jugendliche, eine vollstationäre Pflegeeinrichtung, ein Nachbarschaftstreff und Einzelhandel zur Nahversorgung das Angebot vor Ort ergänzen. Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens werden die das Baugebiet betreffenden Verkehrsthemen mittels weiterer Gutachten genauer untersucht werden.

Knapp die Hälfte der Flächen des fast 24 Hektar großen Areals befinden sich in städtischem Eigentum. Das Gelände wird zusammen mit der Wohn Park Lerchenauer Feld GmbH & Co.KG entwickelt, die Ausloberin des Wettbewerbs ist. Auf der Basis des Wettbewerbsergebnisses, das bis Ende 2019 vorliegen soll, wird in den darauffolgenden Jahren das Bauleitplanverfahren fortgeführt. Im Dezember 2018 hat der Stadtrat hierfür grünes Licht gegeben.

Weitere Information gibt es im Internet unter www.muenchen.de/projekte, Stichwort Lerchenauer Straße.

Strom sparen mit Komfort: Infoabend im Bauzentrum München

(30.1.2019) Das Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10, lädt am Montag, 4. Februar, 18 Uhr, zum Vortrag mit dem Thema „Strom sparen mit Komfort“ ein.

Der Umweltschutztechniker und Stromsparberater Norbert Endres zeigt auf, wie in Haus und Haushalt durch einfache Maßnahmen Strom und Geld gespart werden kann, ohne auf den gewohnten Komfort verzichten zu müssen. Er stellt dar, wie die vielen heimlichen Stromfresser in den eigenen vier Wänden aufgespürt werden können und worauf beim Neukauf von Elektrogeräten geachtet werden sollte. Der Eintritt ist frei.

Mehr Infos im Internet unter www.muenchen.de/bauzentrum, per E-Mail an bauzentrum.rgu@muenchen.de oder telefonisch unter 54 63 66-0.

Informationsabende an den Münchner Realschulen

(30.1.2019) Die Münchner Realschulen laden in den nächsten Tagen und Wochen zu Informationsveranstaltungen ein, um interessierte Eltern sowie

Schülerinnen und Schüler über das Angebot und die Einschreibung zu informieren. Der Haupttermin für die Einschreibung zum Schuljahr 2019/2020 ist am Dienstag, 7. Mai, von 8 bis 12 Uhr und von 15 bis 18 Uhr. In Ausnahmefällen kann die Einschreibung auch bis Freitag, 10. Mai, erfolgen. Über Aufnahmevoraussetzungen und Einschreibeformalitäten informiert das Referat für Bildung und Sport unter www.muenchen.de/schuleinschreibung.

Termine der Informationsveranstaltungen:

Montag, 4. Februar, 19 Uhr

- Städtische Artur-Kutscher-Realschule
- Städtische Elly-Heuss-Realschule
- Städtische Werner-von-Siemens-Realschule

Dienstag, 5. Februar, 19 Uhr

- Städtische Adalbert-Stifter-Realschule
- Städtische Balthasar-Neumann-Realschule
- Städtische Salvator-Realschule

Mittwoch, 6. Februar, 19 Uhr

- Städtische Carl-von-Linde Realschule

Montag, 11. Februar, 19 Uhr

- Städtische Maria-Probst-Realschule
- Städtische Realschule an der Blütenburg
- Städtische Wilhelm-Röntgen-Realschule

Dienstag, 12. Februar, 19 Uhr

- Städtische Anne-Frank-Realschule
- Städtische Erich Kästner-Realschule
- Städtische Fridtjof-Nansen-Realschule
- Städtische Rudolf-Diesel-Realschule
- Städtische Hermann-Frieb-Realschule

Montag, 18. Februar, 19 Uhr

- Städtische Carl-Spitzweg-Realschule
- Städtische Helen-Keller-Realschule
- Staatliche Georg-Büchner-Realschule

Dienstag, 19. Februar, 19 Uhr

- Städtische Ricarda-Huch-Realschule
- Städtische Wilhelm-Busch-Realschule
- Staatliche Marieluise-Fleißer-Realschule
- Staatliche Realschule Freiham (im Förderzentrum München-West)

Mittwoch, 20. Februar, 19 Uhr

- Städtische Ludwig-Thoma-Realschule

Donnerstag, 21. Februar, 19 Uhr

- Staatliche Joseph-von-Fraunhofer-Schule

Lesestart-Aktionsprogramm für Dreijährige mit Clownin Glucks

(30.1.2019) Das Lesestart-Aktionsprogramm aller Münchner Stadtbibliotheken mit insgesamt über 190 Veranstaltungen beginnt am Montag, 4. Februar, und geht bis zum Freitag, 22. Februar. Die Teilnahme ist kostenlos. Zur offiziellen Eröffnungsveranstaltung am Samstag, 9. Februar, 11 Uhr, begrüßt die Stadtbibliothek Am Gasteig, Rosenheimer Straße 5, Dreijährige und ihre Eltern. Freuen dürfen sich die jungen Besucherinnen und Besucher unter anderem auf die Clownin Glucks (Kirstie Handel). Denn sie hat eine Geschichte vom Meer mitgebracht – ein „Meerchen“, das mit einer Schatzsuche endet. Dies wird auch noch in anderen Stadtbibliotheken gezeigt.

Das Lesestart-Aktionsprogramm soll bei den Dreijährigen die Freude an Geschichten, an Reimen, an Illustrationen, am Sprechen und Entdecken wecken – in all der Vielfalt, die für die kindliche Entwicklung wichtig und notwendig ist. Es wird gesungen, getanzt, gelacht und gespielt, analog wie digital. So erleben die Kleinen Bilderbücher mit allen Sinnen, in vielen Sprachen und mit Orff-Instrumenten. Im Mittelpunkt steht dabei das Buch, nicht das Selberlesen. Da Dreijährige besondere Aufmerksamkeit fordern und verdienen, ist die Platzanzahl der einzelnen Veranstaltungen begrenzt. Deshalb wird unbedingt um vorherige Anmeldung gebeten. Kontakt immer über die nächstgelegene Stadtbibliothek.

Zusätzlich finden am Mittwoch, 6. Februar, (Stadtbibliothek Berg am Laim, 17 Uhr), am Freitag, 8. Februar, (Stadtbibliothek Am Gasteig, 16 Uhr) und den folgenden Tagen mehrere Veranstaltungen für Eltern zum Thema „Mehrsprachig aufwachsen“ statt.

Mehr Informationen zu allen Veranstaltungen unter www.stadtbibliothek-muenchen.de im Veranstaltungskalender.

Achtung Redaktionen: Bildmaterial kann per E-Mail an stb.presse@muenchen.de angefordert werden.

Das gesamte Lesestart-Programm ist unter <https://bit.ly/2DGbdkw> abrufbar.

Stadtmuseum: Führung durch die Ausstellung „LAND__SCOPE“

(30.1.2019) Am Samstag, 2. Februar, 11 Uhr, bietet die Münchner Volkshochschule (MVHS) im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, eine Führung durch die Ausstellung „LAND__SCOPE. Fotoarbeiten von Roni Horn bis Thomas Ruff aus der DZ BANK Kunstsammlung“ an.

In sieben Themen-Abschnitten widmet sich die Ausstellung der Landschaftsdarstellung in der zeitgenössischen Fotokunst. Den rund 120 Arbeiten ist ein Aspekt gemein: Sie präsentieren eine Natur, die vom Menschen geformt wurde oder sie sind das Produkt der künstlerischen Formung eines vermeintlich natürlichen Bildinhaltes. Damit ist die aktuelle Diskussion



um den Begriff des Anthropozän, dem von Menschen gemachten Zeitalter, stets zugegen. Die Führung bietet einen Überblick über die ausgestellten Werke und lädt zum selbstständigen Erkunden ein. Das Tagesticket kostet ermäßigt 3,50 Euro, die Führung 7 Euro, und ist direkt an den Guide zu zahlen.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 30. Januar 2019

Schützt Arbeit und Ausbildung nicht mehr vor Abschiebung?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner und Brigitte Wolf (Die Linke)
vom 17.7.2018

Folgerungen aus rückläufigen Flüchtlingszahlen für die Personalbe- wirtschaftung bei der Landeshauptstadt München?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva
Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei) vom
24.8.2018

Schützt Arbeit und Ausbildung nicht mehr vor Abschiebung?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner und Brigitte Wolf (Die Linke)
vom 17.7.2018

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Thomas Böhle:

In Ihrer Anfrage vom 17.7.2018 führen Sie Folgendes aus:

„Der Bundesinnenminister rühmte sich kürzlich, dass zu seinem 69. Geburtstag auch 69 Menschen ‚rückgeführt‘ werden konnten – meist in ihre afghanische ‚Heimat‘. Aus Verzweiflung nahm sich einer der ‚Rückgeführten‘ in Kabul das Leben. In Oberbayern werden die ausgewählten Geflüchteten auf Anweisung der Regierung sogar etwa zwei Wochen vorher in Abschiebehaft genommen.

Der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt hält dieses Verfahren für völlig unverhältnismäßig und sieht darin eine überzogene Härte.

Auch beklagen die Berufsschulen, die viele geflüchtete Jugendliche entweder in den Berufsintegrationsklassen oder in der gesamten Schülerschaft beschulen, dass alle pädagogischen Bemühungen um Spracherwerb, kulturelle Kompetenzen und fachliche Kenntnisse zunichte gemacht werden durch die permanente Bedrohung, dass irgendwo eine Abschiebung vorgenommen werden könnte.

Da die Landeshauptstadt sich in ihrer gesamten Flüchtlingspolitik dem Grundsatz verpflichtet sieht, dass es keine Abschiebungen aus Arbeit und Ausbildung geben darf, stellen sich uns Fragen zur aktuellen Situation von Geflüchteten in der Landeshauptstadt.“

Zu Ihrer Anfrage vom 17.7.2018 nimmt das Kreisverwaltungsreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeister wie folgt Stellung:

Frage 1:

Wie viele in München ansässige Geflüchtete wurden in 2018 bislang abgeschoben?

Antwort:

Wir gehen davon aus, dass sich Ihre Anfrage auf Personen bezieht, bei denen das Asylverfahren abgeschlossen ist und die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einen bestandskräftigen negativen Bescheid erhalten haben.

Erfahrungsgemäß werden sowohl Personen als „Geflüchtete“ bezeichnet, die ein Asylbegehren geäußert haben oder bei denen ein Asylverfahren beim BAMF noch läuft, als auch solche, bei denen das Asylverfahren bereits abgeschlossen ist.

Personen, die ein Asylbegehren geäußert haben oder bei denen das Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, dürfen aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht abgeschoben werden.

Personen mit einer bestandskräftigen negativen Entscheidung des BAMF erhalten zunächst eine Duldung und werden von der Ausländerbehörde München zur freiwilligen Ausreise aufgefordert, soweit keine weiteren Duldungsgründe vorliegen. Die Mehrheit der vollziehbar ausreisepflichtigen Personen macht von der Möglichkeit der freiwilligen Ausreise Gebrauch, insbesondere das Angebot des städtischen Büros für Rückkehrhilfen wird in der Regel wahrgenommen. Im Jahr 2018 hat die Ausländerbehörde München insgesamt 117 Personen abgeschoben. Hiervon fielen 3 Personen in den Zuständigkeitsbereich des Sachgebiets „Asylangelegenheiten“. Bei den übrigen Personen musste der Aufenthalt aus unterschiedlichsten Gründen zwangsweise beendet werden, wie z.B. bei Straftäterinnen und Straftätern, Sicherheitsgefährdern oder Ausländerinnen und Ausländern, deren Lebensunterhalt nicht dauerhaft gesichert war, deren Aufenthaltstitel nicht verlängert werden konnte bzw. deren Visum abgelaufen war.

Ergänzend möchten wir darauf hinweisen, dass die ZAB Oberbayern (Zentrale Ausländerbehörde) seit 1.7.2016 die volle ausländerrechtliche Zuständigkeit für ausreisepflichtige Personen aus Afghanistan und weiteren bestimmten Staaten übernommen hat. Die ZAB ist in diesen Fällen alleiniger Ansprechpartner für ausländerrechtliche Fragen oder Entscheidungen.

Frage 2:

Wie viele Schüler und/oder Auszubildende waren darunter?

Antwort:

Keine der drei Personen war Schüler oder Auszubildender.

Frage 3:

Wie viele der Geflüchteten standen in einem Arbeitsverhältnis?

Antwort:

Keine der drei Personen stand in einem Arbeitsverhältnis. Der Lebensunterhalt für die drei Personen wurde durch Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gesichert.

Frage 4:

Wie viele der Geflüchteten waren in einer Integrations-, Beschäftigungs- und/oder Qualifizierungsmaßnahme?



Antwort:

Integrations-, Beschäftigungs- und/oder Qualifizierungsmaßnahmen werden vom Sozialreferat betreut; laut Aktenlage nahm keine der betroffenen Personen an einer solchen Maßnahme teil.

Folgerungen aus rückläufigen Flüchtlingszahlen für die Personalbewirtschaftung bei der Landeshauptstadt München?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei) vom 24.8.2018

Antwort Stephanie Jacobs, Referentin für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

„Im März 2017 ging das städtische Sozialreferat von einem Zugang von 3.000 Flüchtlingen pro Jahr (Königsteiner Schlüssel) für München aus. Asylsuchende müssen spätestens am dritten Tag nach Aufnahme in die Ersteinrichtungen vom Gesundheitsamt untersucht werden sowie Impfungen angeboten und durchgeführt werden. Die Impfungen der Flüchtlinge sind von besonderer Bedeutung, um einem Ausbruch von Infektionskrankheiten und damit einem Übergreifen auf die Münchner Bevölkerung entgegenzuwirken. Die Untersuchungszahlen sind insbesondere seit 2016 rückläufig und stellten sich im ersten Quartal 2017 wie folgt dar: Januar 354, Februar 351, März 259 usw.

Das für die Untersuchungen/Impfungen notwendige Personal wurde in den letzten Jahren aufgestockt, ist aber befristet beschäftigt worden. Grund hierfür war, dass das Personal- und Organisationsreferat des Öfteren die fehlende Stellenbemessung angemahnt hat, um den tatsächlichen Personalbedarf feststellen zu können.

Von Seiten der Regierung von Oberbayern wurde eine Personalkapazität für 75 Untersuchungen pro Tag bis Ende 2018 für notwendig erachtet. Die Kosten der Impfungen werden der Regierung von Oberbayern von der Landeshauptstadt München (35 Euro pro Impfung) in Rechnung gestellt. Der Stadtrat hat dieser Befristung von 14,5 Stellen bis Ende 2018 zugestimmt. Der weitere Bedarf an Impfkapazität bzw. Personalkapazität ab 2019 soll nun im Rahmen einer Berichterstattung dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht werden.“

Herr Oberbürgermeister Reiter hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet. Zunächst bedanke ich mich für die Fristverlängerung. Die darin aufgeworfenen Fragen beantworte ich unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Regierung von Oberbayern und des Sozialreferats wie folgt:

Frage 1:

Wie viele Flüchtlinge sind 2017 und im 1. Halbjahr 2018 in München aufgenommen worden?

Antwort:

Die Regierung von Oberbayern hat hierzu mitgeteilt, dass im Zeitraum 1.1. bis 31.12.2017 im Ankunftszentrum in München knapp 13.000 Personen und im Zeitraum 1.1. bis 30.6.2018 knapp 5.500 Personen aufgenommen wurden. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass sich die Halbjahreszugänge nicht ohne weiteres auf einen Ganzjahreswert hochrechnen lassen.

Frage 2:

Wie hat sich der Impfstatus der Flüchtlinge entwickelt?

Antwort:

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich der Impfstatus der Flüchtlinge in Erstaufnahme- und Gemeinschaftsunterkünften positiv entwickelt hat. Auch ist in dem angefragten Zeitraum kein nennenswerter Infektionsausbruch an impfpräventablen Krankheiten in Gemeinschaftsunterkünften in München vorgekommen, was durchaus auch an der hohen Impfbereitschaft gelegen hat.

Wie schon in Beantwortung des Antrags Nr. 14-20/A 04135 vom 1.6.2018 von der Bayernpartei ausgeführt, wurde bei rund 99% aller Asylsuchenden, die im Anschluss an die Erst-Untersuchung nach § 62 Asylgesetz vorgestellt werden, Impflücken festgestellt. Soweit Einverständnis besteht, wird die Grundimmunisierung zu diesem Zeitpunkt begonnen. Alle Asylsuchenden erhalten Impfausweise und weitergehende Impfempfehlungen, auch wenn sie anschließend aus München abverlegt werden.

Für die Teilnahme an Folgeimpfungen liegen dem Referat für Gesundheit und Umwelt vor: Im Zeitraum 04/2016 bis 07/2018 wurden wiederholt Impfpasskontrollen in den Gemeinschaftsunterkünften durchgeführt. Dabei erhielten 3.879 Asylbewerberinnen und Asylbewerber Impfberatungen und Impfempfehlungen. 1.223 Personen erhielten eine Erst-Impfung und 1.260 Personen in Gemeinschaftsunterkünften nahmen an Folgeimpfungen teil. Insgesamt 554 Personen konnten vollständig grundimmunisiert werden. Es wurden deutlich mehr Impfempfehlungen ausgesprochen als Impfungen durchgeführt, da sich insbesondere versicherte Flüchtlinge (z.B. nach 15 Monaten ununterbrochenem und nicht selbst verschuldetem Aufenthalt in Deutschland) bei ihrer Hausärztin/ ihrem Hausarzt impfen lassen können. Über diese Impfungen liegen keine Daten vor.

Frage 3:

Wie viele Untersuchungen/Impfungen pro Tag wurden 2017 und im 1. Halbjahr 2018 durchgeführt?

Antwort:

Die Zahlen für die Impfungen können folgendermaßen beziffert werden: Im Jahr 2017 wurden an 188 Impftagen bei 4.399 Personen 7.151 Impfungen durchgeführt (38 Impfungen/Tag). Im ersten Halbjahr 2018 wurden an 119 Impftagen bei 2.636 Personen 4.793 Impfungen durchgeführt (40,3 Impfungen/Tag). Oftmals erfolgen 2 Impfungen gleichzeitig.

Die Zahlen der Untersuchungen nach § 62 AsylG und § 36 IfSG können folgendermaßen beziffert werden:

Im Jahr 2017 wurden an 248 Arbeitstagen 5.258 Untersuchungen nach § 62 Asylgesetz (AsylG) durchgeführt. Die Schwankungsbreite pro Tag lag zwischen 2 und 77 Untersuchungen.

Im Zeitraum 1.1. bis 31.8.2018 wurden an 167 Tagen 3.851 Untersuchungen durchgeführt, wobei die Schwankungsbreite zwischen 3 und 75 Untersuchungen pro Tag lag.

Ebenfalls zu den Aufgaben des RGU gehört die Untersuchung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (umF) zum Ausschluss einer ansteckungsfähigen Lungentuberkulose gemäß § 36 Infektionsschutzgesetz (IfSG) im Auftrag des Sozialreferats. Im Jahr 2017 wurden 283 umF untersucht. Im Zeitraum vom 1.1. bis 31.8.2018 wurden 89 Untersuchungen nach § 36 IfSG bei umF durchgeführt.

Die Regierung von Oberbayern hat aktuell eine vorzuhaltende Untersuchungskapazität von 50 Untersuchungen pro Arbeitstag gefordert.

Frage 4:

Wurden für die vorgehaltenen Personalstellen nun wie gefordert Stellenbemessungen durchgeführt und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Antwort:

Eine Stellenbemessung wurde gemäß städtischem Leitfaden zur Stellenbemessung und entsprechendem Stadtratsauftrag durchgeführt.

Die geforderten 50 Untersuchungen pro Tag können mit dem bereits vorhandenen (1 VZÄ Arzt) nach der Bemessung sichergestellt werden.

Die Stellenbemessung hatte damit keine weitere notwendige Personalmehrung als Ergebnis.

Im Rahmen der Umsetzung der Sitzungsvorlage „Haushaltsplan 2019 Eckdatenbeschluss“ (Nr. 14-20/V 11494) vom 25.7.2018 sind die vorhandenen befristeten Stellen auf dem Büroweg entfristet worden.

Frage 5:

Bitte geben Sie eine Darstellung der Gesamterlöse sowie der Personal- und Sachkosten für 2016 und 2017.

Antwort:

	2016	2017
Erlöse (werden der ROB durch das Sozialreferat in Rechnung gestellt)	3.400.977,00 €	439.000,00 €
Personalkosten	1.539.141,00 €	1.360.000,00 €
Sachkosten	534.271,89 €	512.342,34 €
Davon:		
Sachkosten	352.791,00 €	292.000,00 €
Sachkosten (Rückerstattung über das Sozialreferat durch ROB)	181.480,89 €	220.342,34 €

Die Erlöse in 2017 sind im Vergleich zu 2016 stark zurückgegangen. Dies liegt einerseits am Rückgang der Untersuchungszahlen. Andererseits wurden in 2016 auch noch Vorgänge aus dem Jahr 2015 abgerechnet, die aufgrund der hohen Arbeitsauslastung in 2015 nicht mehr dem Haushaltsjahr 2015 zugeordnet werden konnten.

Ein Teil der Sachkosten kann der Regierung von Oberbayern in Rechnung gestellt werden. Es handelt sich hier um die Kosten der Impfstoffe. Diese wurden (vgl. Frage 6) von der Regierung von Oberbayern zu 100% zurück-erstattet.

Die Sachkosten zwischen 2016 und 2017 haben sich nur unwesentlich verändert. Der größte Kostenfaktor ist der Aufwand für den zusätzlich eingerichteten Bewachungsdienst. Dieser Posten bleibt unverändert, unabhängig von den Untersuchungszahlen. Die Abrechnung dieser Kosten wird derzeit noch mit dem Sozialreferat geklärt.

Mit Sitzungsvorlage Nr. 14-20/V 12347 „Umsetzung der Bayerischen Impfstrategie“ wurde die Schaffung eines „Impfkompetenzzentrums“ in der Schwanthaler Straße 69 beschlossen. Durch die Bündelung aller Impfangebote kann kosteneffizienter gearbeitet werden. Damit werden auch die Kosten für den zusätzlichen Bewachungsdienst entfallen, da ein entsprechender Sicherheitsdienst in der Schwanthaler Straße 69 schon eingerichtet ist.



Frage 6:

Wurden die für die Regierung von Oberbayern durch die Landeshauptstadt München erbrachten Leistungen nach § 62 Asylgesetz für 2016/2017 vollständig erstattet?

Antwort:

Das Sozialreferat hat hierzu mit Schreiben vom 13.9.2018 mitgeteilt, dass die Regierung von Oberbayern alle Kostenerstattungen in voller Höhe anerkannt und die Kosten ohne Abzüge erstattet hat.

1 Die Zahl der Folgeimpfungen umfasst auch Personen, die an anderer Stelle (z. B. Im Rahmen der Erstuntersuchung nach § 62 Asylgesetz) eine Erst-Impfung erhielten.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Mittwoch, 30. Januar 2019

Schlechten Zustand des Prälat-Miller-Weges schnell beheben

Antrag Stadtrat Richard Quaas (CSU-Fraktion)

Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 1 Den öffentlichen Raum sinnvoller nutzen!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans Dieter Kaplan, Renate Kürzdörfer, Bettina Messinger, Gerhard Mayer, Heide Rieke und Jens Röver (SPD-Fraktion)

Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 2 Die Vision „autofreie Innenstadt“ im Altstadtbereich umsetzen!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans Dieter Kaplan, Renate Kürzdörfer, Bettina Messinger, Gerhard Mayer, Heide Rieke und Jens Röver (SPD-Fraktion)

Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 3 ÖPNV auch kurzfristig stärken!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans Dieter Kaplan, Renate Kürzdörfer, Bettina Messinger, Gerhard Mayer, Heide Rieke und Jens Röver (SPD-Fraktion)

Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 4 Parkraummanagement ausweiten!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans Dieter Kaplan, Renate Kürzdörfer, Bettina Messinger, Gerhard Mayer, Heide Rieke und Jens Röver (SPD-Fraktion)

Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 5 Parkgebühren anpassen!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans Dieter Kaplan, Renate Kürzdörfer, Bettina Messinger, Gerhard Mayer, Heide Rieke und Jens Röver (SPD-Fraktion)

**Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 6
„Fair parken“**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans Dieter Kaplan, Renate Kürzdörfer, Bettina Messinger, Gerhard Mayer, Heide Rieke und Jens Röver (SPD-Fraktion)

**Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 7
München digital mobil!**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans Dieter Kaplan, Renate Kürzdörfer, Bettina Messinger, Gerhard Mayer, Heide Rieke und Jens Röver (SPD-Fraktion)

**Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 8
Emmissionsfreies Carsharing in Stadtrandgebieten!**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans Dieter Kaplan, Renate Kürzdörfer, Bettina Messinger, Gerhard Mayer, Heide Rieke und Jens Röver (SPD-Fraktion)

**Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 9
„Grüne Pfeile“ für den Radverkehr**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans Dieter Kaplan, Renate Kürzdörfer, Bettina Messinger, Gerhard Mayer, Heide Rieke und Jens Röver (SPD-Fraktion)

**Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 10
Statusbericht Verkehrswende**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans Dieter Kaplan, Renate Kürzdörfer, Bettina Messinger, Gerhard Mayer, Heide Rieke und Jens Röver (SPD-Fraktion)

**Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 11
MVG-Mietradsystem ausbauen!**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans Dieter Kaplan, Renate Kürzdörfer, Bettina Messinger, Gerhard Mayer, Heide Rieke und Jens Röver (SPD-Fraktion)

Parksuchverkehr in der Altstadt beenden

Antrag Stadtrats-Mitglieder Professor Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilnhofer (Fraktion FDP – HUT)

Stadtrat Richard Quaas

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

ANTRAG

30.01.2019

Schlechten Zustand des Prälat-Miller-Weges schnell beheben

Der Stadtrat möge beschließen:

Der schadhafte Pflaster- und Plattenbelag im Prälat-Miller-Weg hinter der Heilig-Geist-Kirche wird zeitnah repariert, bzw. gänzlich erneuert.

Begründung:

Im gesamten Bereich des Prälat-Miller-Weg, hinter der Heilig-Geist-Kirche und dem Viktualienmarkt, ist das Kleinkopfpflaster und ein großer Teil des Plattenbelages, der die Pflasterfelder umschließt, stark beschädigt und mit Teerflecken notdürftig geschlossen. Das Resultat ist in diesem städtebaulich sensiblen Bereich der Altstadt, dass der Weg einen ausgesprochen ungepflegten Eindruck hinterlässt und eher an einen Sturzacker erinnert.

Es wäre dringend geboten, das Kopfsteinpflaster in diesem Bereich zu reparieren und den dazwischenliegenden Plattenbelag komplett zu wechseln. Schließlich ist gerade dieser besonders von Touristen vielbesuchte Teil unserer Altstadt, auch eine Visitenkarte der Landeshauptstadt.

Richard Quaas
Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 30.01.2019

**Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 1
Den öffentlichen Raum sinnvoller nutzen!**

Antrag

Die Landeshauptstadt München bekennt sich zu dem Ziel, bei zukünftigen Verkehrsplanungen eine Neuverteilung des öffentlichen Raumes zugunsten von ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr vorzunehmen.

Es soll somit mehr Platz für Fuß- und Radwege sowie Busspuren, Trambahnen und Fahrradabstellplätze gewonnen werden.

Begründung

Noch mehr Mobilität muss in München künftig zu Fuß, mit dem Rad und dem öffentlichen Personennahverkehr möglich werden. Das erfordert, neben einer entsprechenden Stadtplanung und weiteren Investitionen, insbesondere eine Neuaufteilung des öffentlichen Raumes zugunsten von Fußgängern, Radfahrenden und öffentlichen Verkehrsmitteln.

gez.

Jens Röver
Heide Rieke
Bettina Messinger

Renate Kürzdörfer
Gerhard Mayer
Hans Dieter Kaplan

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion · Rathaus · 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 30.01.2019

Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 2 Die Vision „autofreie Innenstadt“ im Altstadtbereich umsetzen!

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat einen Masterplan zur Umsetzung der Vision „autofreie Innenstadt“ im Altstadtbereich vorzulegen. Erste Bereiche sollen bereits ab 2025 umgestaltet sein.

Dabei soll sichergestellt sein, dass Liefer- und Handwerksverkehr sowie die Zufahrt zu Arztpraxen weiterhin möglich ist. Ebenso soll die Querung dieses Gebietes durch Bus- und Taxiverkehr sowie von Fahrrädern sichergestellt sein. Zudem muss gewährleistet bleiben, dass Hotelgäste weiterhin die Hotels der Innenstadt anfahren können und bestehende Parkgaragen weiterhin erreichbar sind.

Um Erfahrungswerte zu sammeln, sollen – nach dem Stockholmer Vorbild der „Living Streets“ – Straßen in den Sommermonaten auch temporär gesperrt werden, um Anwohnerinnen und Anwohnern, Künstlerinnen und Künstlern, Gastronomiebetrieben und Gewerbetreibenden eine alternative Nutzung des öffentlichen Raumes zu ermöglichen.

Begründung

Wir wollen die Lebens- und Aufenthaltsqualität im Altstadtbereich deutlich erhöhen, gleichzeitig jedoch die für eine prosperierende Innenstadt nötigen Verkehrsbewegungen gewährleisten und gestalten.

Dies soll durch eine Umverteilung des öffentlichen Raumes zugunsten von ÖPNV, Fußgänger- und Radverkehr erreicht werden.

gez.

Jens Röver
Heide Rieke
Bettina Messinger

Renate Kürzdörfer
Gerhard Mayer
Hans Dieter Kaplan

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89 - 23 39 26 27, Fax: 0 89 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 30.01.2019

Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 3 ÖPNV auch kurzfristig stärken!

Antrag

Stadtverwaltung und MVG werden beauftragt, bis Ende des ersten Halbjahrs 2019 dem Stadtrat ein Maßnahmenpaket zur Stärkung des Münchner ÖPNV, insb. des Busverkehrs zur Entscheidung vorzulegen.

Dieses soll unter anderem die Einführung weiterer Tangentialverbindungen sowie zusätzlicher Expressbuslinien beinhalten.

Darin enthalten soll auch ein Programm zur Einführung weiterer Busspuren sein. Wo nötig, sollen Busspuren dabei auch Vorrang vor Parkplätzen und Fahrspuren erhalten.

Begründung

Mit der Ausweitung unseres Busliniennetzes lassen sich schnell dringend benötigte Kapazitätsausweitungen für das Münchner Nahverkehrssystem herstellen. Derartige Maßnahmen entlasten den schienen-gebundenen Teil des Münchner Nahverkehrs und machen das gesamte ÖPNV-System leistungsfähiger, effizienter und somit attraktiver.

Jedoch sind Busse, die im Stau stehen, nicht attraktiv. Und mehr Busse für mehr Fahrgäste brauchen auch mehr Platz.

Um zu gewährleisten, dass Busse schnell und pünktlich sind und somit auch als Alternative zum Auto wahrgenommen und akzeptiert werden, muss weiter mit Nachdruck an der Busbeschleunigung durch die Einrichtung weiterer Busspuren gearbeitet werden.

gez.

Jens Röver
Heide Rieke
Bettina Messinger

Renate Kürzdörfer
Gerhard Mayer
Hans Dieter Kaplan

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München

Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München

Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99

E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 30.01.2019

Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 4 Parkraummanagement ausweiten!

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Ausweisung von Gebieten mit Parkraummanagement weiter fortzuführen und zu beschleunigen. Dabei sind insbesondere auch Gebiete zu berücksichtigen, die in der Nähe von U-Bahn oder S-Bahnstationen als „Pendlerparkplätze“ missbraucht werden.

Begründung

Parkraum ist in vielen Bereichen unserer Stadt ein knappes Gut, das vor allem den Anwohnerinnen und Anwohnern zur Verfügung stehen muss. Gerade in Gebieten um die U-Bahn- und S-Bahn-Stationen entwickelt sich ein erheblicher Parkdruck durch Berufspendlerinnen und -pendler.

gez.

Jens Röver
Heide Rieke
Bettina Messinger

Renate Kürzdörfer
Gerhard Mayer
Hans Dieter Kaplan

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 30.01.2019

Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 5 Parkgebühren anpassen!

Antrag

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich beim Freistaat Bayern dafür einzusetzen, die Zuständigkeitsverordnung (ZustV) im „§10 Parkgebühren“ anzupassen. In Großstädten mit über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sollen die Höchstsätze der Gebührenordnungen für das Parken von den Kommunen frei bestimmt werden können.

Begründung

Derzeit dürfen die Kommunen nur Parkgebühren von höchstens einem Euro pro Stunde und in Gebieten mit besonderem Parkdruck von höchstens 2,60 Euro pro Stunde erheben. Dies steht in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Wert des öffentlichen Parkraums und sollte ortsgerecht an die Gebühren privater Parkgaragenbetreiber angepasst werden können.

gez.

Jens Röver
Heide Rieke
Bettina Messinger

Renate Kürzdörfer
Gerhard Mayer
Hans Dieter Kaplan

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 30.01.2019

Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 6 „Fair parken“

Antrag

Dem Stadtrat wird die Initiative der Stadt Karlsruhe „Fair parken“ zur Regelung des Gehwegparkens und das Vorgehen gegen Gehwegparken dargestellt. Ein besonderes Augenmerk wird darauf gelegt, was davon auch in München umsetzbar und praktikabel ist.

Begründung

Alle mobilen Menschen nutzen Fußwege. Durch Gehwegparken wird die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmenden gefährdet. Kinder brauchen sichere Schulwege und freie Gehwege, denn bis zu einem Alter von acht Jahren müssen sie mit dem Rad auf dem Gehweg fahren. Menschen mit Rollatoren, Rollstühlen oder Kinderwägen werden durch das Gehwegparken behindert.

gez.

Jens Röver
Heide Rieke
Bettina Messinger

Renate Kürzdörfer
Gerhard Mayer
Hans Dieter Kaplan

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 30.01.2019

Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 7 München digital mobil!

Antrag

Die Stadtverwaltung und die Münchner Verkehrsbetriebe werden beauftragt, ein Mobilitätslabor einzurichten. Dieses soll das Ziel verfolgen, Startups, die im Bereich der urbanen Mobilität tätig sind, zu fördern. Gemeinsam mit diesen Unternehmen sollen konkrete Ideen und Vorschläge für umweltfreundliche und stadtverträgliche Mobilitätslösungen in München entwickelt werden.

Begründung

Zahlreiche Unternehmen und Startups beschäftigen sich mit Fragen der Digitalisierung und Mobilität. Dieser Ideenreichtum soll genutzt werden, um umweltfreundliche Mobilität in der Stadt zu stärken.

gez.

Jens Röver
Heide Rieke
Bettina Messinger

Renate Kürzdörfer
Gerhard Mayer
Hans Dieter Kaplan

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 30.01.2019

Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen & Emmissionsfreies Carsharing in Stadtrandgebieten!

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auch in den Stadtrandbereichen umweltfreundliche Carsharing-Modelle und die dazugehörige Infrastruktur (z.B. Mobilitätsstationen) auszuweiten bzw. zu realisieren. Die aktuellen Lizenzen und Parkgebührenpauschalen für Carsharing-Anbieter werden dahingehend weiterentwickelt.

Begründung

Die Ausweitung der Carsharing-Angebote auch in Stadtrandbereichen ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern den Verzicht auf ein eigenes Kraftfahrzeug für Ausflüge und Versorgungsfahrten.

gez.

Jens Röver
Heide Rieke
Bettina Messinger

Renate Kürzdörfer
Gerhard Mayer
Hans Dieter Kaplan

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 30.01.2019

Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 9 „Grüne Pfeile“ für den Radverkehr

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem voraussichtlich erfolgreichen Verkehrsversuch „Grüne Pfeile“ dies schnellstmöglich an geeigneten Ampeln im ganzen Stadtgebiet umzusetzen.

Begründung

Der Grüne Pfeil, der Radfahrerinnen und Radfahrern das Rechtsabbiegen an einer roten Ampel ermöglicht, wird zurzeit in mehreren deutschen Städten getestet. Darunter ist auch München, da das Pilotprojekt auf eine Initiative der SPD-Stadtratsfraktion zurückgeht. Nachdem in anderen Ländern „Grüne Pfeile“ für Radfahrende erfolgreich eingeführt wurden, gehen wir davon aus, dass dies auch in Deutschland ein Erfolg wird. Deshalb soll die Stadtverwaltung die Umsetzung auf die ganze Stadt vorbereiten.

gez.

Jens Röver
Heide Rieke
Bettina Messinger

Renate Kürzdörfer
Gerhard Mayer
Hans Dieter Kaplan

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 30.01.2019

Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 10 Statusbericht Verkehrswende

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf einer eigenen Webseite sowohl die bereits realisierten als auch die in Planung und in Realisierung befindlichen Projekte der „Verkehrswende“ darzustellen. Dabei sind auch Umsetzungstermine und -zeiträume zu nennen.

Begründung

Im Rahmen eines gelingenden Bürgerdialogs zur Verkehrswende ist es wichtig, den Bearbeitungsstand transparent für die Bürgerinnen und Bürger darzustellen.

gez.

Jens Röver
Heide Rieke
Bettina Messinger

Renate Kürzdörfer
Gerhard Mayer
Hans Dieter Kaplan

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 30.01.2019

Münchner Lebensqualität sichern – Verkehrswende umsetzen 11 MVG-Mietradsystem ausbauen!

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Erfolgsmodell des MVG-Mietradsystems weiter auszubauen. Insbesondere die Angebote von Pedelecs und Lastenrädern werden ausgeweitet. Auf größere Nahversorger ist zuzugehen, um dort Flächen für MVG-Radstationen anzumieten und verstärkt Lastenräder anzubieten.

Begründung

Durch den weiteren Ausbau wird angebotsorientiert die Verkehrswende unterstützt. Pedelecs und Lastenräder erweitern die Nutzungsoptionen erheblich, schonen die Umwelt und reduzieren z.B. PKW-Fahrten zum Nahversorger.

gez.

Jens Röver
Heide Rieke
Bettina Messinger

Renate Kürzdörfer
Gerhard Mayer
Hans Dieter Kaplan

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

30.01.2019

Antrag
Parksuchverkehr in der Altstadt beenden

Der Stadtrat möge beschließen:

In den Bereichen innerhalb des Altstadttrings sollen neben dem Lieferverkehr nur noch Autos einfahren dürfen, die über einen privaten Parkplatz oder über eine vorherige Reservierung (über eine App beispielsweise) eines Parkplatzes in einem Parkhaus oder im öffentlichen Raum verfügen.

Hierzu entwickelt die Verwaltung mit den privaten Parkhausbetreibern ein System der vorherigen Parkplatzbuchung.

Begründung:

Ein Großteil des Verkehrs innerhalb des Altstadttrings ist Parksuchverkehr. Wenn es gelänge diesen weitgehend abzuschaffen, würde sich die Aufenthaltsqualität wesentlich erhöhen. Moderne Technik erlaubt heute Wege, die früher undenkbar waren. Mit einer vorherigen Reservierung und des damit verbundenen Nachweises eines Parkplatzes wäre die Einfahrt in die Altstadt auch kontrollierbar.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Prof. Dr. Jörg Hoffmann
Stadtrat

Gez.
Wolfgang Zeilhofer
Stadtrat

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Thomas Ranft
Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Mittwoch, 30. Januar 2019

M-Strom: Preiserhöhung zum 1. April 2019

Pressemitteilung SWM

U3/U6: Schienenbruch am Marienplatz seit 9 Uhr behoben

Pressemitteilung MVG

M-Strom: Preiserhöhung zum 1. April 2019

(30.1.2019) Die SWM Versorgungs GmbH erhöht zum 1. April 2019 die Strompreise für ihre Münchner Haushalts- und Gewerbekunden. Der Schritt ist notwendig geworden, da die Energiepreise, damit auch die für Strom, an den Rohstoffmärkten stark gestiegen sind. Dämpfend wirken sich die zurückgegangenen Netzentgelte in München aus. Ebenso leicht gesunken sind die Umlagen.

Der Münchner Durchschnittshaushalt (2.500 kWh/Jahr, M-Strom privat Kompakt) zahlt ab April 1,24 Euro pro Monat mehr. Das entspricht einer Erhöhung um rund 2 Prozent.

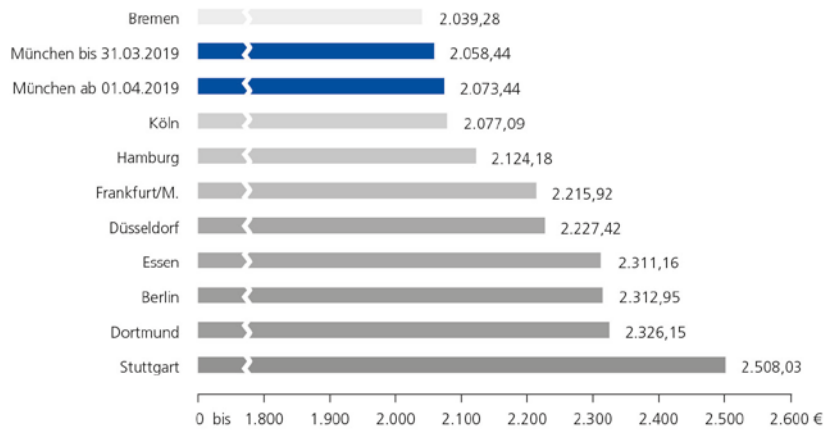
Damit liegt die Erhöhung der SWM Versorgungs GmbH deutlich unter dem Durchschnitt. Laut einer Meldung von CHECK24 vom 24.1. haben rund zwei Drittel der Stromgrundversorger zum Jahreswechsel ihre Preise erhöht oder Erhöhungen im ersten Quartal 2019 angekündigt – mit Preissteigerungen von durchschnittlich 5,1 Prozent.

Über Preise und Einsparmöglichkeiten, etwa durch Tarifwechsel, informieren die SWM alle Kundinnen und Kunden schriftlich. Fragen beantwortet der Kundenservice am Telefon (0800 796 796 7, kostenfrei innerhalb Deutschlands), per E-Mail (preisinfo@swm.de) sowie persönlich im Kundencenter in der SWM Zentrale und im SWM Shop am Marienplatz. Infos zu den verschiedenen Tarifen sind auf www.swm.de/m-strom abrufbar.

München nach wie vor günstig

Die Kundinnen und Kunden können auch weiterhin auf die fair kalkulierten Preise ihrer SWM vertrauen. Auch nach der Anpassung zum 1. April bieten die SWM mit die günstigsten Preise für Strom, Erdgas und Trinkwasser im Vergleich der Grundversorger in den 10 größten deutschen Städten.

Deutschlandweiter Großstadtvergleich: Gesamtkosten für Strom, Erdgas und Trinkwasser pro Jahr im Durchschnittshaushalt zum 01.01.2019



Dem Vergleich zugrunde gelegt sind Angebote der jeweiligen Grundversorger in diesen Städten, ohne Online-Tarife, ohne Vorkasse-Tarife, ohne Erstjahresrabatt, ohne befristeten Rabatt (Quelle für Strom- und Erdgaspreise: www.verivox.de und www.check24.de; für Trinkwasserpreise die auf den jeweiligen Internetseiten veröffentlichten Allgemeinen Preise der Unternehmen). Der Durchschnittshaushalt verbraucht 2.500 Kilowattstunden Strom, 20.000 Kilowattstunden Erdgas bei 12,5 Kilowatt Anschlussleistung (in allen verglichenen Städten werden die Haushalte überwiegend mit Erdgas beheizt) und 96 Kubikmeter Trinkwasser (im Zehn-Familien-Haus) pro Jahr.

Stand: 01.01.2019, für München auch 01.04.2019

Sparen durch effizienten Energieeinsatz

Am günstigsten und umweltschonendsten ist Energie dann, wenn sie gar nicht erst verbraucht wird. Die SWM unterstützen ihre Kundinnen und Kunden beim Energiesparen mit einem breiten Beratungsangebot. Informationen und praktische Tipps gibt es auf www.swm.de/energiesparen. Die **Energieberater in der SWM Zentrale** stehen Kundinnen und Kunden persönlich mit Rat zur Seite. Kontakt: 0800 796 796 0 (kostenfrei innerhalb Deutschlands) / energieberatung@swm.de.

MVG Information für die Medien

30.1.2019

U3/U6: Schienenbruch am Marienplatz seit 9 Uhr behoben

Ein Schienenbruch am U-Bahnhof Marienplatz hat heute früh den Berufsverkehr auf den Linien U3 und U6 weitgehend lahmgelegt. Der Schaden wurde gegen 6.45 Uhr festgestellt. Das betroffene Gleis 2 musste daraufhin aus Sicherheitsgründen und zur vorläufigen Reparatur vorübergehend gesperrt werden. Die gebrochene Schiene wurde zunächst mit Laschen gesichert und damit provisorisch instandgesetzt. Gegen 9 Uhr konnte Gleis 2 freigegeben und der Betrieb wieder aufgenommen werden. Bis in den Vormittag hinein wird es jedoch noch zu größeren Verspätungen kommen. In der nächtlichen Betriebspause erfolgt die abschließende Reparatur: Dann wird die gebrochene Schiene gegen ein neues Stück ersetzt.

Während der Störung fuhren die Züge der U6 zwischen Odeonsplatz und Sendlinger Tor in beide Richtungen über Gleis 1. Die U3 musste wegen der Engstelle Sperrung am Marienplatz zwischen Münchner Freiheit und Implerstraße unterbrochen werden. Die MVG setzte abschnittsweise kostenlose Taxis und Busse ein, um alternative Fahrtmöglichkeiten anzubieten. Im MVG-Ticker wurden außerdem zahlreiche Ausweichrouten genannt. Der Zugang zu einzelnen U-Bahnhöfen wurde zeitweise gesperrt, um den Fahrgastandrang zu dosieren und Überlastungen zu reduzieren.

Die MVG entschuldigt sich bei ihren Kunden für die Einschränkungen.

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de